



BLV ■ Schwabstraße 59 ■ 70197 Stuttgart

Herrn  
Landesvorsitzenden Thomas Strobl  
CDU Baden-Württemberg  
Landesgeschäftsstelle  
Heilbronner Straße 43  
70191 Stuttgart

Stuttgart, 20.12.2017

## — Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene / Bürgerversicherung

Sehr geehrter Herr Strobl,

die derzeitigen Verhandlungen auf Bundesebene, die darauf abzielen, die Koalitionsverhandlungen doch noch zu einer Einigung zu bringen, lässt die verbeamteten Lehrkräfte - sicher nicht nur an den beruflichen Schulen - in Baden-Württemberg aufhorchen. Wir – als Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e. V. (BLV) mit über 10.000 Mitgliedern – halten die Bestrebungen, eine Bürgerversicherung einzuführen, für mehr als kontraproduktiv.

Gerade einmal 10 Jahre ist es her, seit der Gesetzgeber mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz einen Versicherungsschutz in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) oder in der Privaten Krankenversicherung (PKV) für alle Einwohner eingeführt hat. Diese Krankenversicherungspflicht für alle gehört zweifellos zu den letzten Großtaten des deutschen Sozialstaats. Die gesetzlichen Krankenkassen befinden sich verstärkt im Wettbewerb. Sie können Zusatzleistungen und Wahltarife anbieten. Die PKV hat der Gesetzgeber indes verpflichtet, einen einheitlichen Basistarif als Krankheitsvollversicherung anzubieten. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte 2009, dass dieser Basistarif mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Es sieht durch dessen Einführung die Lasten zwischen den gesetzlichen und privaten Trägern der Krankenversicherung gerecht verteilt und dadurch den dualen Aufbau der Krankenversicherung gefestigt.

Zahlreiche Studien beschäftigen sich mit den ökonomischen und gesundheitspolitischen Folgen eines Wechsels vom dualen System zu einer Einheitsversicherung. Unstreitig ist, dass sich das Konzept einer Einheitsversicherung ohne Einbeziehung der zwischen 3 und 4 Millionen beihilfeberechtigten Beamten „nicht rechnen“ würde.

Es ist somit nicht nachvollziehbar, weshalb das funktionierende System der PKV aufs Spiel gesetzt werden soll. Und das zugunsten einer Lösung, die für alle Beteiligten kostspieliger werden und mittelfristig zu einer schlechteren medizinischen Versorgung führen wird. Will man tatsächlich den Wettbewerb und die zahlreichen Projekte, die aufgrund der

Quersubventionierung aus der PKV überhaupt erst möglich wurden, aus unserer Gesundheitsversorgung verbannen?

Dies zu einer Grundsatzforderung im Rahmen einer Koalitionsbildung zu machen, halten wir für unverantwortlich!

Sehr geehrter Herr Parteivorsitzender Strobl, in dieser Angelegenheit möchten wir Sie hiermit dringend um Ihre Unterstützung bitten.

Wir wünschen Ihnen viel Kraft und Erfolg für die kommenden Verhandlungstage, aber selbstverständlich auch ein frohes Weihnachtsfest sowie ein gutes und glückliches neues Jahr 2018.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Herbert Huber', written in a cursive style.

Herbert Huber  
BLV-Vorsitzender